

**Inhalt dieser Ausgabe**

1. Einführung/Leitartikel	0
2. ÖFR-Diskussion in Deutschland	0
3. ÖFR-Diskussion international	4
4. Aktivitäten rund um die Ökosteuern	5
5. Weitere Umwelt- und Finanzthemen Deutschland	6
6. Weitere Umwelt- und Finanzthemen International	8
7. Links und Publikationen	10
8. Veranstaltungen	10
9. FÖS: In eigener Sache	11

1. Einführung/Leitartikel**Liebe Freunde und Mitglieder des FÖS,**

nach langer Pause erreicht Sie nun endlich wieder eine Ausgabe der FÖS-Mitteilungen. Nachdem uns im letzten Jahr die sehr erfolgreich verlaufene Welt-Ökosteuernkonferenz auf Trab gehalten hat, waren wir auch in der ersten Hälfte dieses Jahres sehr aktiv:

Das FÖS hat im Auftrag des DNR eine Studie zu umweltschädlichen Subventionen verfasst.

Es hat kurzfristig im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zwei Kurzexperten zur Fortentwicklung der Ökologischen Industriepolitik erstellt.

Bettina Meyer hat in enger Abstimmung mit dem Vorstand das aktuelle Konzept des FÖS mit konkreten Vorschläge weiterentwickelt und publiziert.

Im Auftrag der gtz haben Jacqueline Cortrell und Kai Schlegelmilch eine Mastercopy mit Präsentationen und Trainingsmaterialien erstellt, um die Ansätze einer Ökologischen Finanzreform weltweit in den Entwicklungs- und Schwellenländern zu vermarkten und ein erstes entsprechendes internes Testtraining absolviert.

Die Mitgliederversammlung hat im Anschluss an unsere Jahrestagung in der Evangelischen Akademie Hofgeismar die Änderung unseres Vereinsnamens und andere weniger schwerwiegende Satzungsänderungen beschlossen.

Der Adam-Smith-Preis 2008 wurde im Rahmen der Jahrestagung an Dr. Barbara Hendricks und Dr. Reinhard Loske verliehen. (Mehr Informationen zur Jahrestagung, zur Verleihung des Adam-Smith-Preises und zur Mitgliederversammlung finden Sie unter Rubrik 2: „FÖS-Konferenzen“.)

Und schließlich fand am 20. Juni unsere Konferenz „Biodiversität und marktwirtschaftliche Anreize“ in Berlin statt.

Zwei besonders erfreuliche Nachrichten wollen wir Ihnen ebenfalls nicht vorenthalten: Unser Vorstandsmitglied Bettina Meyer ist im Mai Mutter geworden, unsere Mitarbeiterin Jacqueline Cottrell im Juli. Dazu gratulieren wir ihnen herzlich und wünschen ihren Familien alles Gute für die Zukunft.

Besonders hinweisen wollen wir Sie außerdem noch einmal auf unsere Green-Budget-Europe-Gründungskonferenz am 25. September in Brüssel.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Damian Ludewig und das Redaktionsteam

2. ÖFR-Diskussion in Deutschland**Warum Benzin viel zu billig ist**

[Thomas Hillenbrand, *spiegel.de* vom 16. Mai 2008]
Fünf Mark pro Liter: Vor zehn Jahren scheiterten die Grünen mit der Forderung, die Benzinkosten massiv zu erhöhen. Was 1998 wie Wahnsinn klang, könnte mittelfristig Realität werden. Um Autoindustrie und Konsumenten aufzurütteln, wäre aber ein noch höherer Preis notwendig.

Die Boulevardpresse tobte, "Automann" Gerhard Schröder war schwer vergrätzt: Als die Grünen 1998 auf ihrem Parteitag eine Erhöhung des Benzinpreises auf 5 Mark beschlossen, kostete sie das beinahe die Bundestagswahl.

Der Vorschlag, den Spritpreis durch Steuererhöhungen mehr als zu verdreifachen, landete flugs im Papierkorb. Doch auch ohne Zutun der Politik hat sich der Benzinpreis seitdem verdoppelt. Wenn der Ölpreis weiter ansteigt und der Dollar erstarkt, sind die seinerzeit von der Ökopartei anvisierten 2,56 Euro (fünf Mark) eine durchaus realistische Perspektive.

"Die Einschätzung von 1998, wie hoch der Benzinpreis unter Berücksichtigung aller Klima- und Umweltkosten hätte sein müssen, war damals bestimmt nicht übertrieben", sagt Winfried Hermann, der verkehrspolitische Sprecher der Grünen. Im Rückblick zeigt sich aber, dass die Verdopplung des Spritpreises in den vergangenen zehn Jahren keineswegs ausgereicht hat, das Verhalten deutscher Konsumenten und Autohersteller nennenswert zu beeinflussen.

Im Gegenteil: Erstere orientieren sich mehrheitlich weiterhin an Zylinderzahl und Fahrzeuggröße. Sportwagen und Geländemonster sind die einzigen

Pkw-Kategorien, die sich in Deutschland richtig gut verkaufen. Auch bei den Herstellern Mercedes oder Audi ist das Interesse an alternativen Antrieben ohne Spritbedarf ziemlich gering. Dabei müsste sich zügig etwas ändern, wenn dem Klimawandel Einhalt geboten werden soll. [...] Der auch ohne Zutun der Politik mutmaßlich weiter steigende Spritpreis könnte diesmal den alternativen Antrieben zum Durchbruch verhelfen. Die Rechnung ist eigentlich schon heute ziemlich bestechend: Ein VW Golf mit 1,6-Liter-Benzinmotor verbraucht auf 100 Kilometer im Schnitt 11,10 Euro an Sprit. Ein Tesla Roadster kommt mit 2,40 Euro aus.

Das scheint aber nicht auszureichen. Warum? Sprit ist wohl immer noch zu billig. Der Tech-Guru Pip Coburn hat einmal postuliert, dass sich neue Technologien immer dann durchsetzen, wenn der von der alten verursachte Schmerz unerträglich wird. Anscheinend tut Tanken noch nicht weh genug. In den USA ist das anders: Dort kostete Benzin vor zehn Jahren ein Dollar je Gallone. Jetzt sind es fast vier Dollar. [...]

Bei den Amerikanern musste sich der Spritpreis vervierfachen, bis Autohersteller und Autofahrer reagierten. Das entspräche in Deutschland einem Preis von rund drei Euro. Benzin ist immer noch zu billig.

Westerwelle fordert niedrigere Mehrwertsteuer auf Energie

[*spiegel.de vom 26.03.2008*] FDP-Parteichef Guido Westerwelle will die Menschen bei den Kosten für Energie entlasten: Bezahlbare Energie sei ein Grundbedürfnis - die Energiekosten seien der "Brotpreis des 21. Jahrhunderts", sagte Westerwelle der "Bild"-Zeitung. Deshalb sollte für Energie, wie für Lebensmittel, nur noch der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent gelten. "Fahren und Heizen, ob mit Öl, Strom oder Gas, darf kein Luxus werden."

Zur Begründung sagte der FDP-Chef, dass der Staat mit Steuern Energie unnötig teuer mache. Beim Benzin seien zwei Drittel des Preises Steuern. Auch beim Strompreis seien zwei Drittel der Kosten durch Steuern, Abgaben und Gebühren vom Staat gemacht.

Um die Finanzen der Bürger wird auch in der Union diskutiert: Der CSU-Vorsitzende Erwin Huber erhält für seine Forderung nach einer Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale Unterstützung von CDU-Arbeitnehmer- und Mittelstandspolitikern.

"Ich kann diesen Vorstoß nur begrüßen", sagte der Chef der Arbeitnehmergruppe der Unionsfraktion, Gerald Weiß, der "Passauer Neuen Presse". Die Fahrtkosten zum Arbeitsplatz seien klassische Werbungskosten. "Es wäre richtig, zur alten Pauschale

zurückzukehren - am besten noch, bevor das Verfassungsgericht die aktuelle Regelung für verfassungswidrig erklärt", sagte Weiß.

Zustimmung für Huber kam auch vom Vorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Union, Josef Schlarmann (CDU): "Wir dürfen jemanden, der bereit ist, aus beruflichen Gründen weite Wege in Kauf zu nehmen, nicht bestrafen." Der Wegfall der Pauschale nur für die ersten 20 Kilometer sei ein "Systembruch" gewesen, wird Schlarmann zitiert.

Dagegen sprach sich der Chef des Parlamentskreises Mittelstand, Michael Fuchs (CDU), für einen kompletten Wegfall der Subvention aus. "Die Pendlerpauschale und andere Pauschalen weg, die Steuersätze runter - das ist das gerechteste, was es gibt", sagte er der "Passauer Neuen Presse".

Der finanzpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Bartholomäus Kalb, wies dem Blatt zufolge den Vorwurf zurück, die Rückkehr zur alten Pendlerpauschale sei nicht finanzierbar. Allein durch den Spritpreis-Anstieg nehme der Staat jährlich rund drei Milliarden Euro mehr Steuern ein als 2005 - auch ohne Berücksichtigung der Mehrwertsteuer-Erhöhung auf 19 Prozent.

CSU-Chef Huber verlangt die alte Pauschale von 30 Cent ab dem ersten Kilometer Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsort zurück. Seit dem 1. Januar 2007 wird die Kilometerpauschale erst vom 21. Entfernungskilometer an gezahlt.

Nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums würde die Wiedereinführung der Pendlerpauschale vom ersten Kilometer an zu Steuerausfällen in Höhe von 2,5 Milliarden Euro führen. Die Große Koalition hatte die Pendlerpauschale Anfang 2007 eingeschränkt. Fahrtkosten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz können seither nur noch ab dem 21. Kilometer mit 30 Cent je Kilometer steuerlich abgesetzt werden.

Die Bundesregierung hat sich unnachgiebig gezeigt und erklärt, die Kürzung der Steuervergünstigung werde nicht zurückgenommen. Das letzte Wort habe aber das Bundesverfassungsgericht, das noch in diesem Jahr entscheiden will. Der Bundesfinanzhof hatte die neue Pendlerpauschale für unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt und sie den Verfassungsrichtern zur Prüfung vorgelegt.

NABU kritisiert ADAC wegen Aussetzung der Ökosteuern

[*glocalist.com vom 28.04.08*] Der ADAC fordert eine sofortige Aussetzung der Ökosteuern. Der NABU kritisiert die erneute Forderung des ADAC-Präsidenten

Peter Meyer nach einer sofortigen Aussetzung der Ökosteuer. Das Aussetzen der Ökosteuer kann laut NABU die steigenden Spritpreise nicht stoppen.

Eine Erhöhung der Kfz-Steuer für ältere Fahrzeuge im Rahmen der Einführung der geplanten CO₂-Steuer lehnt der ADAC ab. Die Steuerersparnis für Fahrzeuge, die wenig verbrauchen, würde dann durch höhere Beträge bei den „Schluckspechten“ ausgeglichen.

Eine zusätzliche Besteuerung vieler Millionen älterer Fahrzeuge mit der Abgasnorm Euro 2 und Euro 3 lehnt Klaus Becker, ADAC-Vizepräsident für Verkehr, auch aus einem anderen Grund ab: „Hier werden ohne Not diejenigen bestraft, die sich aus wirtschaftlichen Gründen keine neuen Autos leisten können. Angesichts der ständig steigenden Kostenbelastung für die Autofahrer müssen solche Überlegungen als ein inakzeptabler Versuch gewertet werden, dem Autofahrer erneut in die Tasche zu greifen.“

Die Äußerungen lenken laut NABU von den tatsächlichen Problemen ab, denn für die hohen Spritpreise seien knapper werdende Ölressourcen bei weltweit steigender Nachfrage verantwortlich. Innerhalb eines Jahres hat sich der Rohölpreis auf fast 120 US-Dollar je Barrel verdoppelt. Eine weitere Verdopplung wird schon innerhalb der nächsten zehn Jahre vorausgesagt.

„Der ADAC betreibt kurzfristigen Populismus mit den hohen Kraftstoffpreisen. Die Preissprünge an den Tankstellen waren allein im April höher als alle Ökosteuerstufen in fünf Jahren. Nur Autos mit deutlich geringerem Verbrauch und eine spritsparende Fahrweise können weitere Preissteigerungen bei Benzin und Diesel abfedern“, so NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller.

Deutschland importiere für das Betanken von Autos jährlich Öl im Wert von 20 Milliarden Euro, vorwiegend aus politisch instabilen Ländern. „Auch volkswirtschaftlich ist es ein Gebot der Vernunft, sich durch Energieeinsparung vom Öl abzukoppeln. Eine Abschaffung der Ökosteuer, die gerade den vernünftigeren Umgang mit Energie fördert, ist genau das falsche Signal“, betonte Miller. [...]

Grüne setzen auf Ökobonus

[Hannes Koch, taz.de vom 04.04.2008] Die Grünen brüten das Ei des Kolumbus aus. Sie wollen den Verbrauch von Energie mit höheren Steuern zusätzlich verteuern, ohne Bürger mit niedrigerem Einkommen dabei besonders zu belasten. "Ökobonus" nennt die Partei ein neues Konzept, das beim Länderrat, dem kleinen Parteitag der Grünen, am Samstag in Berlin erstmals breit, aber auch kontrovers diskutiert wird. "Der Ökobonus kann gleichzeitig ein Baustein

für mehr Klimaschutz und für mehr soziale Gerechtigkeit sein", sagt Gerhard Schick, einer der Urheber des Konzepts.

Auf konkrete Zahlen mag Schick sich noch nicht festlegen. Gedacht wird aber daran, den Verbrauch von Strom im Haushalt oder Benzin im Auto um einige Cent oder Zehntelcent zu verteuern. Der Staat könnte auf diese Art 10 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich einnehmen. Das Geld würde allerdings nicht für irgendwelche Zwecke ausgegeben, sondern den Bürgern in voller Höhe zurückerstattet. Jeder bekäme beispielsweise vom Finanzamt eine jährliche Auszahlung von 100 Euro, ähnlich dem Kindergeld. Der Effekt: Menschen mit geringem Energieverbrauch erhalten mehr zurück, als sie an zusätzlicher Ökosteuer bezahlt haben, Großverbraucher zahlen drauf. Die heutige Ökosteuer bringt dem Staat 20 Milliarden Euro. Der größte Teil davon fließt in die Sozialversicherung, um die Rentenbeiträge der Beschäftigten und Unternehmen zu reduzieren.

"Die Betonung beim Ökobonus liegt dagegen darauf, dass das Geld vollständig an alle Bürger zurückfließt", sagt Parteichef Reinhard Bütikofer. Auch Fraktionsvorsitzende Renate Künast denkt, "die Idee ist richtig". Allerdings beginne jetzt erst die Diskussion darüber. Es brauche - über die ohnehin steigenden Energiepreise hinaus - Anreize, den Energieverbrauch weiter zu senken. Um das Klima zu schützen, dürfe in einigen Jahrzehnten jeder Erdenbürger nur noch 2 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr verursachen; in Deutschland sind es heute 10 Tonnen. "Wir müssen unser persönliches Verhalten ändern", so Künast.

Aber nicht alle prominenten Grünen unterstützen die Idee. "Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass es sich um Abzocke handelt", sagte Fraktionsvize Christine Scheel. Auch die wirtschaftspolitische Sprecherin Kerstin Andreae und Fraktionschef Fritz Kuhn beurteilen die Idee mit gewisser Skepsis.

"Meine Begeisterung ist gering", sagt auch Hubertus Bardt, Energieexperte des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln. Aufgrund der Energiepreissteigerungen bestehe ohnehin schon ein hoher Anreiz für die Verbraucher, sparsam mit Energie umzugehen. Weil sie sich kein modernes, sparsames Auto leisten können, würden zudem gerade ärmere Leute Fahrzeuge mit hohem Spritverbrauch fahren. "Diese Bürger würden mit dem Ökobonus nicht entlastet, sondern noch zusätzlich belastet", argumentiert Bardt.

Die Befürworter bei den Grünen wollen mit ihrem Konzept den Markenkern der Grünen stärken. Gerhard Schick betont die Verbindung der sozialen mit der ökologischen Frage. Kann sich die Partei auf den

Ökobonus einigen, zieht sie damit in den Bundestagswahlkampf 2009. Wie die anderen Parteien stehen auch die Grünen vor der schwierigen Aufgabe, einerseits ihre Identität unter Beweis stellen, andererseits flexibel sein zu müssen für Koalitionen in alle Richtungen.

3. ÖFR-Diskussion international

Europäisches Parlament gegen EU-Mindeststeuer auf Kohlendioxid

[*emission-business.com vom 25.04.2008*] Das Europäische Parlament hat sich in einer Entschließung für "ökologische Steuerreformen" und die Bestrafung übermäßigen Ressourcenverbrauchs ausgesprochen, um die Klimaschutz- und Umweltziele zu erreichen. Eine EU-Mindeststeuer auf Kohlendioxid lehnten die Abgeordneten aber ab. Der federführende Umweltausschuss hatte eine solche Steuer vorgeschlagen.

EU-Marktwirtschaftliche Instrumente seien eines der wirksamsten Mittel, um umweltpolitische Ziele kostengünstig zu erreichen, heißt es in der Entschließung, mit der das Parlament Stellung zu einem Strategiepapier der EU-Kommission vom März 2007 bezieht. Steuern müssten aber beispielsweise durch Energieeffizienznormen oder Emissionsziele ergänzt werden.

Außerdem dürften sie nicht in erster Linie der Erhöhung der Staatseinnahmen dienen, sondern die Lenkungswirkung müsse im Vordergrund stehen, heißt es in der Resolution weiter.

Die Abgeordneten fordern zum Ausgleich für Umwelt- und Energiesteuern die Senkung von Steuern auf "positive Faktoren" wie Arbeit. Weiterhin wollen sie die sozialen Folgen von Ökosteuern durch Sondervergünstigungen wie Preisobergrenzen, Preissenkungen oder Subventionen für einkommensschwache Haushalte abfedern.

Die Entschließung des Parlaments hat zwar keine rechtsverbindlichen Folgen, die Meinung der Volksvertreter wird in der Kommission bei Legislativvorschlägen aber in der Regel durchaus beachtet.

Die Kommission hat in ihrem Grünbuch zum Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente für umweltpolitische Ziele angeregt, zukünftig stärker auf Energiesteuern zu setzen. Die Höhe solcher Steuern solle davon abhängen, wie stark der entsprechende Energieträger die Umwelt belastet. Die Kommission brachte eine entsprechende Überarbeitung der seit 2004 geltenden Energiesteuer-Richtlinie ins Gespräch. Diese gibt Mindestsätze vor und war von den EU-Staaten erst nach jahrelangen Verhandlungen beschlossen worden. Steuerfragen können in der Union nur ein-

stimmig von den Mitgliedstaaten entschieden werden.

Niederlande: Ecotax für Passagiere ab Juli

[*spiegel.de vom 14. März 2008*] Ab dem 1. Juli 2008 will die niederländische Regierung alle Abflüge von niederländischen Flughäfen mit einer Ecotax belegen. Diese Steuer wird von den holländischen Behörden zur Reduktion von Umweltschäden erhoben. Fluggäste, die z.B. mit KLM oder Martinair ab Deutschland über Amsterdam reisen, sind von der niederländischen Fluggast-Steuer nicht betroffen.

Die so genannte Ecotax oder Fluggast-Steuer betrifft Passagiere, die vom Flughafen Amsterdam-Schiphol oder von regionalen Flughäfen wie Eindhoven oder Rotterdam abfliegen. Erhoben wird eine Steuer von 11,25 Euro für Flüge innerhalb Europas und für Strecken bis zu 2.500 km, sowie von 45 Euro für längere Strecken.

Kinder unter 2 Jahren sind von der Steuer ausgenommen. Auch Transferpassagiere sind von dieser Regelung nicht betroffen, wenn die Flugverbindung im Ausland beginnt und eine Flugunterbrechung in den Niederlanden unter 24 Stunden beträgt.

Nach einer Auskunft des niederländischen Flughafen Schiphol wurde durch einen Zusammenschluss des Flughafens, einiger Airlines und Reiseveranstalter Einspruch gegen diese Gebühr erhoben, weil sie in ihren Augen unter anderem gegen EU Recht verstößt. Am 14. März 2008 hätte eine erste Entscheidung dazu fallen sollen.

Österreich: Neuaufgabe für Grünes Ökosteuer-Modell

[*kurier.at vom 25.04.2008*] Wie vor zehn Jahren fordern die Grünen eine Pkw-Maut und höhere Energiesteuern. Damit soll ein "Ökobonus" finanziert werden.

Die Grünen haben ihr zehn Jahre altes Ökosteuer-Modell neu aufgelegt. Sie fordern höhere Energiesteuern und drängen auf die schrittweise Einführung einer PKW-Maut auf allen Straßen. Mit den Einnahmen von sieben Milliarden Euro wollen die Grünen die Lohnnebenkosten senken und einen "Ökobonus" für alle Österreicher finanzieren, sagten Vizechefin Eva Glawischnig und Budgetsprecher Bruno Rossmann bei einer Pressekonferenz am Donnerstag. Wesentlicher Unterschied zu 1998: Damals wollten die Grünen noch deutlich mehr Geld umverteilen.

Das Grundprinzip: Wer viel Energie verbraucht und oft mit dem Auto fährt, soll höhere Steuern zahlen. Dafür sollen die Lohnnebenkosten sinken und die Steuerzahler entlastet werden. In drei Etappen wollen die Grünen daher ab 2009 die Energiesteuern (auf

Strom und CO₂-Verbrauch) anheben - auf 3,6 Milliarden Euro im Jahr 2015. Autofahrer, Frächter und Flugreisende will die Partei mit weiteren 3,4 Milliarden Euro zur Kasse bitten. Unter anderem über eine kilometerabhängige PKW-Maut (2,8 Cent pro Kilometer), über eine jährlich valorisierte LKW-Maut sowie eine Flugticket-Abgabe.

Steuerzahler entlasten

Im Gegenzug wollen die Grünen die Wirtschaft und die Steuerzahler entlasten: Erstere durch niedrigere Lohnnebenkosten (2,45 Milliarden Euro), zweitere durch einen "Ökobonus". Konkret sollen an jeden Erwachsenen 520 Euro pro Jahr ausgezahlt werden, für jedes Kind 260 Euro. Finanziert würden die nötigen 3,85 Milliarden Euro aus der Anhebung der Energie- und Verkehrsabgaben. Weitere 700 Millionen Euro sollen in den Klimafonds fließen.

CO₂-Abgabe

Im Grunde ist dieses Konzept der Grünen schon zehn Jahre alt, neu ist laut Glawischnig aber die CO₂-Abgabe. Außerdem wollten die Grünen bei ihrer 1998 präsentierten Ökosteuern deutlich mehr Geld umverteilen, nämlich 130 Milliarden Schilling (nach heutiger Kaufkraft über 11 Milliarden Euro). Die Differenz erklärt Glawischnig mit seither schon erfolgten Ökosteuern-Anhebungen. Rossmann verwies darauf, dass auch die nun geforderten sieben Milliarden Euro eine Verdoppelung des Ökosteuern-Volumens bedeuten würden.

Standortnachteile für die Wirtschaft befürchtet Rossmann nicht und betont, dass man das Konzept mit Experten durchgerechnet habe. Demnach würde es zu mehr Wirtschaftswachstum und bis zu 100.000 neuen Arbeitsplätzen führen.

Paris: OECD empfiehlt Ökosteuern und will Wettbewerb und Klimaschutz verbinden

[*co2-handel.de*, 28.04.2008] Die Herausforderungen des Klima- und Umweltschutzes sind nach Einschätzung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) finanziell zu meistern, wenn Industrie- und Schwellenländer zusammenarbeiten.

Die Kosten ließen sich auf 0,03 Prozent Wirtschaftswachstum pro Jahr beschränken. Untätigkeit komme dagegen teuer, schreibt die OECD in ihrem *Umweltausblick 2030*, der Ende April in Paris einer OECD-Konferenz mit Umweltministern und Vertretern aus rund 40 Staaten vorgelegt wurde. Die Minister wollten bis Dienstag beraten, wie man Wettbewerb, Wachstum und Klimaschutz verbinden kann.

Dringenden Handlungsbedarf sieht die OECD bei Treibhausgasen, Artenverlust, Grundwasser- und

Luftqualität, Chemikalien in Produkten und Abfallentsorgung. Entwarnung gibt sie für die Wälder in den OECD-Staaten. Eine übertriebene Angst vor Verlust der Wettbewerbsfähigkeit hemme derzeit die Umweltpolitik, hieß es. Bei Untätigkeit würde der Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 um 37 Prozent zunehmen, während sich die weltweite Wirtschaftsleistung verdoppelt. Die Agrarflächen würden bis 2030 um zehn Prozent ausgeweitet und zahlreiche Tier- und Pflanzenarten ausgerottet. Vor allem in den Schwellenländern wären dann 3,9 Milliarden Menschen ohne gute Wasserversorgung.

Es gäbe Ressourcenengpässe und in den Entwicklungsländern eine Zuspitzung der Gesundheitslage und der Wirtschaftskrisen. Die Globalisierung kann laut OECD «Markt und Politikversagen verstärken und Umweltbelastungen intensivieren». Doch die Liberalisierung von Handel und Investitionen könne verbunden mit Grundlagenforschung auch zu besserem Ressourceneinsatz und Umweltinnovationen genutzt werden. Umwelt- und Ressourcenverbrauch müssten sich in den Preisen niederschlagen.

Die OECD empfiehlt Öko-Steuern und handelbare Emissionsrechte sowie eine Konzentration der Politik auf die Schlüsselbranchen Energie, Verkehr, Agrar und Fischerei. Der Aufwand ließe sich auf ein Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung im Jahre 2030 (oder 0,03 Prozent Wachstum pro Jahr) beschränken. Allerdings seien die Kosten nicht gleich verteilt. Die OECD-Staaten sollten eine Führungsrolle übernehmen und Ländern wie Russland, China und Indonesien helfen, die Umweltziele zu erreichen.

4. Aktivitäten rund um die Ökosteuern

Neues FÖS-Diskussionspapier: Thesen und Bausteine zur Weiterentwicklung der Ökologischen Finanzreform (ÖFR), Bettina Meyer, Mai 2008

Das neue FÖS-Diskussionspapier basiert auf einer Aktualisierung des Kurzfristkonzepts 2006 und des Memorandums 2004 des Fördervereins Ökologische Steuerreform. Leitfrage des Diskussionspapiers ist die Identifizierung der kurz- und langfristigen Bausteine der Ökologisierung der öffentlichen Finanzen, mit denen die auf nationaler Ebene bestehenden Handlungsmöglichkeiten ambitioniert ausgeschöpft werden können. Das Papier enthält u.a. Thesen zur Weiterentwicklung der ÖFR und eine tabellarische Übersicht über die Handlungsoptionen einer Ökologischen Finanzreform. Das Diskussionspapier steht auf der Internetseite des FÖS zum Download.

5. Weitere Umwelt- und Finanzthemen Deutschland

Gewinne durch Gratis-CO₂-Zertifikate

[*taz.de vom 08.04.2008*] Durch kostenlos verteilte CO₂-Verschmutzungsrechte werden den europäischen Energiekonzernen in den nächsten vier Jahren zusätzliche Gewinne in Milliardenhöhe in den Schoß fallen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Marktforschungsinstituts "Point Carbon", die der WWF in Auftrag gegeben hatte. Am meisten profitieren deutsche Unternehmen. Sie werden in der zweiten Phase des Emissionshandelssystems zwischen 2008 und 2012 mindestens 14 Milliarden Euro am Emissionshandel verdienen, im günstigsten Fall sogar 34 Milliarden. Point Carbon legte dabei einen Zertifikatspreis zwischen 21 und 32 Euro pro Tonne Kohlendioxid zugrunde.

In der Studie wird der Energiesektor in Spanien, Italien, Deutschland, Großbritannien und Polen untersucht. In Italien, wo die gesetzlichen Rahmenbedingungen noch nicht vollständig geklärt sind, ist die Prognose unklar. In den anderen drei Ländern wird das System ebenfalls zusätzliche Gewinne in die Kassen der Stromkonzerne spülen, jedoch deutlich weniger als in Deutschland. "Die Mitnahmeeffekte sind am höchsten in denjenigen Ländern, die die Verschmutzungskosten an die Verbraucher weitergeben können, in Ländern, wo Elektrizitätswerke mit hohem Verschmutzungsgrad das Preisniveau bestimmen, und dort, wo der höchste Prozentsatz an kostenlosen Verschmutzungsrechten verteilt wird", heißt es in der Studie.

Kein Wunder, dass die Gewinne in Deutschland am größten sind, denn dort treffen alle drei Voraussetzungen zu. In der ersten Phase des Emissionshandels 2003 bis 2007 wurden die Zertifikate an die deutschen Stromkonzerne verschenkt - trotzdem erhöhten die Unternehmen den Strompreis mit der Begründung, das neue System treibe die Kosten in die Höhe. Ab 2008 sollen jährlich 9 Prozent der Verschmutzungsrechte versteigert werden. Nach Schätzungen des Umweltministeriums wird das die Stromerzeuger etwa 400 Millionen Euro pro Jahr kosten. Diese Einnahmen sollen in Klimaschutzprojekte in Deutschland und in Drittländern fließen.

Mehrere Politiker warnten die Konzerne davor, die Strompreise in der zweiten Phase des Emissionshandels erneut zu erhöhen. Die Kosten seien bereits "eingepreist", sagte SPD-Bundestagsfraktionsvize Ulrich Kelber. Die Unternehmen hätten bereits Milliardenbeiträge von den Verbrauchern eingestrichen.

Würden die Preise nun weiter erhöht, wäre dies eindeutig "Missbrauch der Marktmacht" und könne zur Zerschlagung der Energiekonzerne führen. Kaum anzunehmen, dass sich die Konzerne durch die starken Worte beeindrucken lassen. Zu hoffen ist aber, dass die Politiker immerhin in ihren Zukunftsplänen standhaft bleiben. Ab 2013 nämlich sollen die Energieunternehmen für alle Verschmutzungsrechte bezahlen. Erst dann würde das System sauberen Strom finanziell begünstigen und den Anreiz schaffen, mehr Strom aus erneuerbaren Quellen zu produzieren.

Zerstörerische Subvention

[*Jost Maurin, taz.de vom 30.04.2008*] Energiehungrige Schneekanonen, Straßen durch Naturschutzgebiete, pestizidintensive Agrarfabriken - in umweltschädliche Projekte wie diese fließen laut UN-Berechnungen weltweit pro Jahr bis zu 1,5 Billionen Dollar Subventionen. Für den Dachverband der deutschen Umwelt- und Naturschutzorganisationen DNR ist das ein Skandal. "Subventionen müssen streng an ökologische und soziale Kriterien geknüpft werden", forderte Generalsekretär Helmut Röscheisen deshalb am Mittwoch in Berlin.

"Diese Beihilfen gefährden auch die biologische Vielfalt", klagt der Umweltschützer. Denn wenn für staatlich finanzierte Autobahnen Wiesen zuasphaltiert werden, zerstört das auch den Lebensraum von Pflanzen und Tieren. Allein in Deutschland gingen unter anderem wegen des Straßenbaus pro Tag rund 100 Hektar naturnaher Flächen verloren. Dabei sind sich die 190 Unterzeichnerstaaten der Konvention über die biologische Vielfalt einig, dass sie die Lebensgrundlagen erhalten und die Biodiversität schützen wollten. "Gleichzeitig investieren sie Milliarden Euro, die die Vielfalt zerstören", kritisiert der DNR-Funktionär. Das Thema Subventionen gehöre deshalb bei der Konferenz über die Biodiversität im Mai in Bonn ganz oben auf die Tagesordnung.

Das Langzeit-Ziel der Umweltschützer ist klar: Mindestens die Hälfte aller Subventionen muss gestoppt werden, in einigen Bereichen wie dem Agrarsektor sogar weit mehr. Der DNR empfiehlt als einen der ersten Schritte, Subventionen zu befristen. Dann könnte der Staat regelmäßig überprüfen, ob die geförderten Projekte noch mit der Umwelt im Einklang stehen. Außerdem verlangt der Verband von den Regierungen mehr Transparenz: "Sie müssen den Einfluss ihrer Subventionen auf die natürliche Vielfalt publizieren."

Nicht, dass die Umweltschützer alle Beihilfen ablehnen. "Es gibt natürlich auch sinnvolle Subventionen: zum Beispiel für den Ökolandbau oder innovative

Techniken für den Umweltschutz", sagt Röscheisen. Allerdings ist die Grenze zur Schädlichkeit fließend: Die Förderung erneuerbarer Energien etwa unterstützt der DNR. "Aber", meint der Naturschützer, "wir dürfen nicht die letzten naturnahen Gewässer aufstauen, um kleine Wasserkraftwerke zu bauen."

RWE plant CO₂-Pipeline durch Deutschland

[Rolf-Herbert Peters, stern.de vom 08.05.2008] Der Essener Energiekonzern RWE will eine mehrere Hundert Kilometer lange und 50 Zentimeter dicke Pipeline durch Deutschland verlegen. Über sie soll das Klimagift Kohlendioxid (CO₂) aus dem rheinischen Braunkohlegebiet bei Köln nach Schleswig-Holstein gelangen und dort dauerhaft und sicher in der Erde gespeichert werden. Das Gas, das bei der Kohleverstromung freigesetzt wird, wird nach RWE-Angaben aus einem neuen Kohlekraftwerk stammen, das 2014 im Rheinland ans Netz gehen soll.

Die Versuchsanlage werde 450 bis 500 Megawatt Strom erzeugen, sagte Johannes Lambertz, Chef der Kraftwerkstochter RWE Power, stern.de. Später, so heißt es in RWE-Kreisen, soll es auf etwa 1000 Megawatt ausgebaut werden - etwa soviel wie ein Atomkraftwerk liefert. Lambertz rechnet mit einer Baugenehmigung für die Pipeline innerhalb der kommenden zwölf bis 24 Monate. Die Bauzeit betrage rund ein halbes Jahr.

Der RWE-Manager muss Tempo machen. Die Kraftwerke des Konzerns zählen zu den weltgrößten Klimakillern. Bei keinem anderen Energieträger wird mehr CO₂ freigesetzt als bei der Braunkohle. Mit dem CCS (Carbon Capture and Storage) genannten Verfahren soll dieses Übel beseitigt werden. Zunächst wird das Klimagas chemisch abgeschieden, dann verflüssigt und schließlich zu geeigneten Endlagerstätten, etwa geleerten Erdöl- oder Erdgasfeldern transportiert und verpresst.

CO₂-Lager vielleicht auf Sylt

In Deutschland findet man solche potentiellen Lager vor allem im Norden und im Alpenvorland. Zusammengekommen könnten sie nach jüngsten Schätzungen das CO₂ von 60 bis 100 Jahren heimischer Kohleverstromung aufnehmen. Bislang ist die Technik aber noch nicht ausreichend erprobt. Kaum ein Experte rechnet mit einem industriellen Einsatz vor dem Jahr 2020. RWE zeigt sich jedoch davon überzeugt, bereits 2014 das "erste CO₂-freie Kohlekraftwerk" ans Netz bringen zu können. "Wir bleiben bei dem ambitionierten Termin", sagt Manager Lambertz.

Wo genau das CO₂ gespeichert werden soll, steht noch nicht fest. Optionen gibt es in Nordfriesland einschließlich der Inseln wie Sylt, an der Nordseeküs-

te sowie im südlichen Kreis Ostholstein bis Lübeck. Im Herbst will RWE mit endgültigen seismographischen Untersuchungen beginnen. Ob der Zeitplan eingehalten werden kann, ist fraglich. Schon jetzt regt sich in den vom Fremdenverkehr lebenden Regionen massiver Protest. Auch bei der Pipeline muss RWE mit heftigem Widerstand rechnen. Bei einer Leckage, unken Kritiker, drohten den Anwohnern ernsthafte Gefahren bis hin zum Erstickungstod.

CO₂-Kreditkarte für Verbraucher statt Ordnungsrecht

[Susanne Bergius, sonnenseite.com vom 26.5.2008] „CO₂ Card 2008“ ist eine Art Kreditkarte, über die jeder Verbraucher jährlich eine bestimmte Menge an Emissionsrechten erhält, mit der er wirtschaften muss.

Noch ist das nicht Realität, aber das von der unabhängigen Aachener Stiftung Kathy Beys vorgestellte Konzept ist diskussionswürdig und sollte von Wissenschaftlern und Politik zügig und ernsthaft geprüft werden.

Jeder Mensch, egal wo er lebt, soll langfristig das gleiche Recht auf Kohlendioxidemissionen haben – auf höchstens zwei Tonnen, weil nur so ein gefährlicher Klimawandel vermeidbar ist. Diese Vision hat Bundeskanzlerin Angela Merkel. Hierzulande müssten die Emissionen pro Person von zehn Tonnen um 80 Prozent sinken. Weder dies noch das von der Bundesregierung angepeilte Ziel einer Reduktion der CO₂-Emissionen um 40 Prozent bis 2020 sei mit den derzeit beschlossenen Maßnahmen erreichbar, kritisieren Fachleute.

Verbraucher und Kleingewerbe müssen viel mehr als bisher zur Emissionsminderung beitragen, sind sie doch für rund 55 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich. Darüber herrscht weitgehend Einigkeit, aber über die Wege wird gestritten. Flickschusterei nennt die Aachener Stiftung das bisherige politische Vorgehen. Nötig seien Instrumente, die eine Emissionssenkung ins finanzielle Interesse von Verbrauchern und all jenen rücken, die nicht am obligatorischen Emissionshandel teilnehmen. Ein solches marktwirtschaftliches Konzept hat die Stiftung erarbeitet.

Mit der „CO₂-Card“ würde an der Tankstelle und beim Bezahlen der Strom-, Öl- oder Gasrechnung automatisch der im Energieträger enthaltene CO₂-Anteil vom persönlichen CO₂-Konto abgebucht. Vorschriften und Verbote für den Verkehrs-, Strom- und Heizbereich könnten der Vergangenheit angehören. Der Einkauf von sonstigen Produkten, Lebensmitteln und Dienstleistungen wird nicht mit der Karte bezahlt,

denn Produzenten und Anbieter müssten selbst die für sie notwendige Menge an CO₂-Einheiten am Markt einkaufen.

Die privaten Emissionsrechte sind handelbar, so das Konzept. „Wer den Kreditrahmen nicht ausschöpft, kann Rechte zurückgeben und erhält den Wert seinem Bankkonto gutgeschrieben“, erläutert der wissenschaftlicher Leiter Klaus Dosch. Wer im Herbst auf den Kontoauszügen merkt, dass die Rechte nicht bis zum Jahresende reichen, erteilt seiner Bank die Order, neue auf dem wöchentlichen Tender zuzukaufen. Der Preis wird vom Bankkonto abgezogen. Und wer klimaneutralen Ökostrom bezieht, mit Holzpellets heizt oder Erdwärme nutzt, verbraucht keine oder kaum CO₂-Rechte. [...]

6. Weitere Umwelt- und Finanzthemen International

Australien dreht bei erneuerbaren Energien auf

[VDI Nachrichten, 4.4.2008] Australien ersetzt alle Glühbirnen durch Energiesparlampen, hieß es vor Wochen. Dies ist Folge einer neuen Energiepolitik, wie hier Nicola Watkinson, Senior Investment Commissioner der australischen Regierung, erläutert. Der Kontinent will Strom sparen, Emissionen senken und die erneuerbaren Energien voranbringen.

VDI nachrichten: Ende letzten Jahres gab es in Australien einen Regierungswechsel. Was macht die neu gewählte Labor-Regierung unter Premierminister Kevin Rudd im Vergleich zu ihrer Vorgängerregierung anders?

Watkinson: Mit der Ratifizierung des Kioto-Protokolls unmittelbar nach ihrem Amtsantritt hat die neue australische Regierung deutlich gemacht, dass sie im Bereich Energie- und Klimaschutz neue Wege beschreiten möchte. Australien nimmt in manchen Bereichen mittlerweile sogar eine weltweite Vorbildfunktion ein.

VDI nachrichten: Inwiefern?

Watkinson: Die neue Energiepolitik umfasst verschiedene konkrete Maßnahmen, um den Klimaschutz in Australien und weltweit voranzutreiben. So hat sich Australien im Rahmen der ersten Kioto-Bemessungsphase 2008 bis 2012 darauf verpflichtet, seine Emissionen auf 108 % des Volumens von 1990 zu begrenzen.

Bis 2050 wird Australien seine Emissionen sogar um 60 % verglichen mit dem Stand von 2000 reduzieren, was eine erhebliche Verringerung darstellt.

VDI nachrichten: Beschränken sich die Maßnahmen also auf die Begrenzung von Emissionen?

Watkinson: Nein, darüber hinaus werden auch Maßnahmen in angrenzenden Bereichen, wie der Stromersparnis, durchgeführt. So sollen bis 2020 mindestens 20 % des nationalen Stromverbrauchs, das sind etwa 60 000 GWh pro Jahr, aus erneuerbaren Energien gewonnen werden.

Zum jetzigen Zeitpunkt werden 15 000 GWh jährlich aus erneuerbaren Energien gewonnen. Um also das Ziel von 20 % bis 2020 zu erreichen, sollen weitere 45 000 GWh im Jahr hinzukommen. Zudem wird bis 2010 in Australien ein nationales System für den Emissionshandel eingeführt werden, das heißt zwei Jahre früher als ursprünglich geplant. Dies wird zu einem deutlichen Investitionsschub führen. Dadurch bietet Australien eine enorme Standortattraktivität für in- und ausländische Investoren in den Bereichen erneuerbare und alternative Energien.

VDI nachrichten: Wie verhält es sich mit der Finanzierung dieser ambitionierten Projekte?

Watkinson: Hierzu hat die australische Regierung eine Gesamtsumme von 1,39 Mrd. AUD (Australische Dollar), d. h. etwa 870 Mio. €, bereitgestellt. Die Gelder verteilen sich auf vier Fonds, die sich unterschiedlichen Schwerpunkten widmen. Da ist zunächst der Renewable Energy Fund in Höhe von 500 Mio. AUD zur Entwicklung, Vermarktung und Verbreitung von regenerativen Energien in Australien. Hierzu soll der Privatsektor für jeden von der Regierung eingezahlten Dollar noch einmal zwei Dollar investieren, um so den Fond auf insgesamt sogar 1,5 Mrd. AUD (940 Mio. €) aufzustocken. Ferner wurde der National Clean Coal Fund eingerichtet, dessen Kapital der Weiterentwicklung und Anwendung von modernen Technologien für saubere Energie aus Kohle dienen soll, und sich auf 500 Mio. AUD beläuft. Zudem werden 150 Mio. AUD in den Energy Innovation Fund eingestellt, sowie weitere 240 Mio. AUD in das Programm "Clean Business Australia", eine Kooperation von Regierung, Unternehmen und Industrie, investiert.

VDI nachrichten: Wie wird sich diese Politik auf die australische Forschungslandschaft auswirken?

Watkinson: Die neue Regierung plant, die Entwicklung von Technologien für die nächste Generation Bio-Kraftstoff zu unterstützen, indem sie 14 Mio. AUD Fördermittel für Projekte zur Verfügung stellt, welche sich mit der Herstellung von Ethanol aus Zellulose beschäftigen. Australien bietet ausländischen Wissenschaftlern ideale Bedingungen zur Forschung in diesen zukunftsgerichteten Bereichen. So liegen derzeitige Forschungsprioritäten unter anderem auf dem Bereich der so genannten Geosequestrierung, d. h. der Abtrennung und Speicherung von CO₂-

Abgasen unter der Erde.

VDI nachrichten: Wie hat man sich diese Speicherung in der Praxis vorzustellen?

Watkinson: Im südaustralischen Otway wird derzeit mit Unterstützung der australischen Regierung ein Pilotprojekt zur Erforschung der Geosequestrierung durchgeführt. Internationale Wissenschaftler aus allen Teilen der Welt arbeiten daran, diese Alternative zum "in die Luft blasen von Abgasen" weiterzuentwickeln. Konkret sieht diese Technik einen dreistufigen Prozess vor: Zu Beginn steht die Abtrennung des CO₂ von der Emissionsquelle, in der Regel ein mit fossilen Brennstoffen betriebenes Kraftwerk. Danach wird es über eine Pipeline zu einer Verdichtungsstation befördert. Hier wird es komprimiert und zur Einschleusungsstation weitertransportiert. Über einen Schacht wird das komprimierte CO₂ nun in ein stillgelegtes Gasfeld injiziert. Dort verbleibt es über Millionen Jahre, es kann nicht mehr entweichen.

VDI nachrichten: Und falls doch? Wie stellen Sie sicher, dass es nicht irgendwann dennoch entweicht?

Watkinson: Hierzu beinhaltet das Projekt die umfassendsten Kontrollmechanismen, die es bisher jemals gab. Die Speicherstätte wird ständig, zu jedem Zeitpunkt, überwacht, und zwar unter- wie oberhalb der Erdoberfläche. Etwaige Unregelmäßigkeiten, wie ein Eindringen des Gases in angrenzende Erdschichten oder in Frischwasserreservoirs, können auf diese Weise sofort registriert werden. Die Gesamtmenge des Gases wird ebenfalls ständig über Messungen kontrolliert, so dass ein unbemerktes Entweichen des Gases ausgeschlossen ist.

VDI nachrichten: Was versprechen Sie sich von dem Projekt?

Watkinson: Die neuartige Technik führt zu erheblichen Emissionseinsparungen. Gleichzeitig ermöglicht sie, die bestehende Infrastruktur zu nutzen, also existierende Kraftwerke weiter zu betreiben, da die Abgase von z. B. Braunkohlekraftwerken ja nicht mehr in die Atmosphäre gelangen. Dies bringt enorme wirtschaftliche Vorteile. Das Forschungsprojekt ist nicht kommerziell, die Ergebnisse werden für jeden frei zugänglich publiziert. Eine anschließende kommerzielle Nutzung der Technik ist natürlich dennoch denkbar. So entsteht eine Win-Win-Situation für alle: Wirtschaft, Umwelt und vor allem für die Menschheit.

EU-Emissionshandel bleibt wirkungslos

[spiegel.de vom 02.04.2008] Der CO₂-Ausstoß der europäischen Industrie ist im vergangenen Jahr leicht gesunken. Doch das hat nichts mit dem Zertifikatsys-

tem der EU zu tun. In diesem Jahr sollen die Regeln für den Emissionshandel nun verschärft werden.

Bislang gilt der EU-Emissionshandel als zahnlöser Tiger. Zwar hat die europäische Industrie im vergangenen Jahr weniger Treibhausgase produziert als in den zwölf Monaten davor, doch das liegt nicht an dem Zertifikatsystem. Nach vorläufigen Berechnungen der EU-Kommission blieb die Gesamtmenge nämlich unter der von Brüssel erlaubten Menge. Von diesem Jahr an gelten allerdings schärfere Quoten (mehr...), um das Instrument doch noch wirksam zu machen.

Beim Emissionshandel bekommen Industrie und Energieversorger Kohlendioxid-Verschmutzungsrechte zugeteilt, die europaweit gehandelt werden können. Fehlende Zertifikate müssen nachgekauft, überschüssige können verkauft werden. Doch offenbar sind zu viele Zertifikate auf dem Markt; die Unternehmen können sich billig bedienen. Im vergangenen Jahr blieb Deutschland mit rund 480 Millionen Tonnen unter seiner möglichen CO₂-Quote von 497 Millionen Tonnen.

In einer Datenbank im Internet kann jedermann einsehen, welche CO₂-Menge rund 10.000 Unternehmen in der EU 2007 zugeteilt bekamen - und welche sie tatsächlich ausstießen. In Deutschland fallen derzeit knapp 57 Prozent des gesamten CO₂-Ausstoßes unter den Emissionshandel. Die rund 1850 teilnehmenden Unternehmen kamen nach Angaben der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt) im Umweltbundesamt 2007 auf einen CO₂-Ausstoß von rund 487 Millionen Tonnen oder zwei Prozent mehr als 2006. Dagegen sanken die gesamten CO₂-Emissionen in Deutschland um 2,7 Prozent.

Weil das Zertifikatsystem bisher noch nicht gut funktioniert, war für die Unternehmen der Ansporn zum Klimaschutz offenbar nur gering: Der Anteil von Stein- und Braunkohle an der Stromerzeugung legte zu. Die niedrigen Preise für die Emissionsberechtigungen boten laut DEHSt den Firmen 2007 nur wenig Anreiz, statt Kohle das wesentlich weniger klimaschädliche, aber teurere Erdgas zu nutzen.

Obama: Nachhaltigkeit und erneuerbare Energie

[glocalist.com vom 6.6.08] (...) (In) seiner Siegesansprache sieht (Obama) in der Schaffung und Förderung der erneuerbaren Energie als den Jobmotor der Zukunft an und fordert von den Unternehmen eine saubere Umwelt ein wie Ausstieg aus der ölgetriebenen Wirtschaft. Schließlich fordert er, dass Unternehmen ihre Gewinne in eine "clean energy future" investieren sollen. Weiters will Obama von staatlicher Seite her 150 Milliarden Dollar in die erneuerba-

re Energie investieren und bis 2035 soll 35% des Energiebedarfs aus erneuerbaren Energieträger gewonnen werden. Weiters will er durchsetzen, dass der CO₂ Ausstoß um 80% bis 2050 reduziert wird und dies meint etwas, da die USA einer der größten CO₂-Emittenten der Welt darstellt. Und schließlich soll ein Programm aufgelegt werden, um die Energieeffizienz um 50% zu steigern. Und in Richtung Industrie sollen "mandatory caps on greenhouse emissions for power plants, industry and oil refineries" eingeführt werden. Weiters will Obama das Kioto-Protokoll unterfertigen wie aus seinem politischen Beraterumfeld immer wieder lesen kann.

In der Frage Nachhaltigkeit steht für Obama im Mittelpunkt die Schaffung von Chancen für die Jugend und verknüpft es mit der Frage nach Eigenverantwortung aber auch soziale Verantwortung, wo er sein großes Thema Hoffnung und Wandel ausspielt. Und - für den europäischen Nachhaltigkeitsdiskurs eine eher ungewöhnliche Verknüpfung - gilt es die Korruption innerhalb der US-amerikanischen Entwicklungspolitik zu bekämpfen, da sie eine Bedrohung der Nachhaltigkeit darstelle (Rede: American Moment). Sinngemäß fasst Obama Nachhaltigkeit als Zukunftskonzept, wonach man nicht nur die Chancen für künftige Generationen bewahren, was dem europäischen Diskurs entspricht, sondern man eine bessere und gerechtere Welt für nachfolgende Generationen übergeben sollte: Das ist ein neuer Drehmoment in der Nachhaltigkeitskonzeption, worin sich der zukunftsorientierte Ansatz Obamas nach Wandel am deutlichsten dokumentiert: Nicht nur bewahren, besser machen als Eigenverantwortung.[...]

7. Links und Publikationen

Erste "grüne" Suchmaschine der Welt gestartet

[Markus Steiner, *sonnenseite.com* vom 27.04.08] Für 1.000 Suchanfragen werden zwei Bäume gepflanzt. Mit Ecocho.com ging soeben, die laut eigenen Angaben "erste grüne Suchmaschine der Welt" an den Start. Das Portal setzt auf die bewährte Technik von Google und Yahoo und soll folglich ähnlich zuverlässige Ergebnisse liefern.

Als besonderer Nebeneffekt können Nutzer durch die Verwendung der Suchmaschine aber zusätzlich auch etwas für die Umwelt tun. So wird der Großteil der erwirtschafteten Einnahmen von den Betreibern in den Kauf von Emissionszertifikaten der offiziellen australischen CO₂-Ausgleichsbehörde Greenhouse Gas Abatement Scheme (GGAS) investiert. Diese pflanzt im Zuge eines speziellen CO₂-Ausgleichsprogramms Bäume, die zur Reduktion der

Treibhausgase beitragen. [...]

Ralf Schüle: Grenzenlos handeln? Emissionsmärkte in der Klima- und Energiepolitik

Der Testlauf ist vorbei, jetzt wird es ernst: Der deutsche Emissionshandel ist als Teil des europäischen Systems etabliert. Nun muss er beweisen, ob er den großen Verursachern von CO₂-Emissionen wirtschaftliche Anreize bieten kann, um ihren Ausstoß deutlich zu verringern.

Was aber lehrt der Testlauf? Werden die gewünschten Effekte erzielt, der Kraftwerkspark klimafreundlich modernisiert, Einsparungen von Energie und Reduktionen von Emissionen eingeleitet? Fügt sich der Emissionshandel in andere Instrumente der Klimapolitik ein und kann er wichtige Impulse für die Weiterentwicklung eines internationalen Klimaschutzregimes geben?

Ralf Schüle ist mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem Wuppertal Institut sowie weiteren Autoren diesen Fragen nachgegangen. Sie analysieren die Erfahrungen der ersten EU-Handelsperiode und geben Hinweise auf die zukünftige Gestaltung des Emissionshandelssystems.

Darin ist auch ein Artikel vom stellvertretenden FÖS-Vorsitzenden Kai Schlegelmilch und von Maike Bunsse vom Wuppertal Institut zu den Unterschieden und Gemeinsamkeiten des Emissionshandels und der Ökologischen Steuerreform enthalten - und zwar nicht als Theorievergleiche, sondern so wie sie in der Realität ausgestaltet wurden.

Ralf Schüle (Hrsg.), 180 Seiten, oekom verlag München, 2008 ISBN-13: 978-3-86581-095-3, Preis: 19.90 €. Das Buch wurde am 16.06.2008 in Berlin vom Umweltsenator Bremens, PD Dr. Reinhard Loske, vorgestellt

8. Veranstaltungen

Gründungskonferenz von GREEN BUDGET EUROPE

am 25. September 2008 in Brüssel

Unsere Erfahrungen als FÖS in Deutschland und die enorme Resonanz und Anerkennung, die uns bei der GCET 2007 zuteil wurde, haben uns dazu ermutigt, mit den Vorbereitungen zur Bildung einer europäischen Plattform, die sich für die Ökologische Finanzreform und den Einsatz von marktwirtschaftlichen Instrumenten (MBI) einsetzt, zu beginnen. Diese neue Organisation wird – zumindest in den ersten Jahren – als FÖS-internes Projekt beschaffen sein und soll als Kompetenzzentrum und Diskussionsplattform dienen, wobei v. a. Insider wie die europäische Kommission,

nationale Regierungen, NGOs, Industrieverbände und Experten angesprochen werden sollen.

Wir hoffen Mitglieder aus allen europäischen Ländern (aber nicht ausschließlich aus EU-Ländern!) für dieses Forum rekrutieren zu können und verschiedene Sponsoren dafür zu gewinnen. Wenn Sie sich für eine wie auch immer geartete Mitwirkung an diesem Projekt interessieren – sei es durch Ihre Expertise oder durch einen Beitrag zur finanziellen Förderung, welche sowohl für die Einführung des Projektes, als auch für die Organisation der Konferenz im Herbst 2008 dringend benötigt wird – bitten wir Sie mit uns Kontakt aufzunehmen (mailto:foes@foes.de). Es wird hierbei ein kooperatives Verhältnis zum European Environmental Bureau angestrebt. Die Lobbyarbeit bei den europäischen Institutionen bezüglich der Implementierung von MBI soll mithilfe der neuen Plattform verstärkt fortgeführt werden.

Informationen zur Konferenz finden Sie auf der Internetseite des FÖS.

Klima schützen - Kohle stoppen! Demonstrationen am 13. September 2008

Klimaschutz ist mit dem Bau neuer Kohlekraftwerke nicht möglich! Im Vergleich zu anderen fossilen Brennstoffen stößt Kohle bei der Verbrennung das meiste CO₂ aus. Darüber hinaus zementieren neue Kohlekraftwerke mit einer Laufzeit von 40-50 Jahren hohe Emissionen auf Jahrzehnte. Vor diesem Hintergrund ruft die Klima-Allianz – in der auch das FÖS gemeinsam mit knapp 100 anderen Organisationen Mitglied ist – zu zwei parallel stattfindenden Demonstrationen am 13. September an den Kohlekraftwerken Staudinger bei Hanau in Hessen und Jänschwalde bei Cottbus in Brandenburg auf.

9. FÖS: In eigener Sache

FÖS-Jahrestagung 2008

Auf der Tagung, die vom 30. Mai bis 1. Juni 2008 in der Evangelischen Akademie Hofgeismar stattfand, stellten Experten aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ihre Prognosen für das Fortschreiten der Klimaerwärmung vor. Es drohen extrem hohe Folgekosten durch den Klimawandel für alle Volkswirtschaften weltweit. Die große Diskrepanz zwischen den realen Problemen und ambitionierten politischen Zielen einerseits und den dazu bisher ergriffenen Maßnahmen andererseits wurde kritisiert. Ein massiv verstärkter Einsatz umweltpolitischer Steuerungsinstrumente auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene ist dringend notwendig.

1. FÖS-Namensänderung

Auf der Mitgliederversammlung, die am Sonntag den 1. Juni stattfand, wurde eine Namensänderung des Vereins beschlossen. Da sich unser inhaltlicher Fokus in den letzten Jahren deutlich erweitert hat und die Ökologische Steuerreform nicht mehr das einzige Instrument ist, das wir in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen, erschien eine entsprechende Anpassung des Vereinsnamens den Mitgliedern und dem Vorstand angemessen. Um den Vereinszweck und seine Ziele deutlicher im Vereinsnamen abzubilden, wurde der neue Name „Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft“ gewählt. Neben Ökosteuer, Emissionshandel und dem Abbau umweltschädlicher Subventionen, setzen wir uns zur Erreichung dieses Ziels auch für ordnungspolitische und weitere Maßnahmen ein, wo dies aus vernünftigen Gründen ratsam erscheint. Logo und Abkürzung können und sollen auch nach der beschlossenen Namensänderung beibehalten werden.

2. Verleihung des Adam-Smith-Preises 2008

Das FÖS hat dieses Jahr zwei Persönlichkeiten gewürdigt, die unsere öffentliche Würdigung schon lange verdient haben.

Den diesjährigen Adam-Smith-Preis für marktwirtschaftliche Umweltpolitik des Fördervereins Ökologische Steuerreform e.V. (FÖS) erhielten die Politiker Dr. Barbara Hendricks (SPD) und Dr. Reinhard Loske (Bündnis 90/ Die Grünen).

Der Förderverein Ökologische Steuerreform würdigt damit die umweltpolitischen Leistungen von Barbara Hendricks als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium und von Reinhard Loske als Umweltpolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion.

„Barbara Hendricks und Reihard Loske waren maßgeblich an der Einführung und Umsetzung der Ökologischen Steuerreform in Deutschland beteiligt“, so der FÖS-Vorsitzende Dr. Anselm Görres. „Auch angesichts heftigen Gegenwindes hielten sie an der Ökosteuer fest. Sie waren überzeugt, damit gleichzeitig besseren Umweltschutz und mehr Beschäftigung sichern zu können. Heute ist offenkundig, dass sie richtig lagen.“

„Die steigenden Weltmarktpreise für Rohöl machen erneut deutlich, dass es auch volkswirtschaftlich sinnvoll war und bleibt, der Wirtschaft deutliche Marktsignale zu geben, durch Effizienzsteigerungen den Verbrauch und damit die Abhängigkeit von importierten Energien einzuschränken“, so Dr. Görres.

3. Die sozialen Aspekte der Ökologischen Finanzreform standen im Vordergrund

[Kai Schlegelmilch, stellvertretender Vorsitzender des FÖS, Juni 2007] Insbesondere am zweiten Tag standen, angeregt durch einen hervorragenden Beitrag von Sven Giegold, attac, die sozialen Aspekte der Elemente einer Ökologischen Finanzreform im Vordergrund. Folgende Schlussfolgerungen können daraus für den FÖS gezogen werden:

Wir sollten soziale Aspekte noch expliziter berücksichtigen, daher primär auf der Aufkommenseite bereits Instrumente umsetzen, die verteilungspolitisch neutral oder noch besser progressiv wirken (z.B. Ticketabgabe/ Flugzeugsteuer/ Dienstwagenbesteuerung/ Umstellung der Abzugsfähigkeit der Pendlerpauschale von der Einkommensteuerschuld statt vom zu versteuernden Einkommen).

Wir sollten auch bei der Verwendungsseite soziale Aspekte berücksichtigen (z.B. Ökobonus – oder besser Klimabonus), und zwar idealer Weise zugleich mit einer Einkommensbeschränkung für dessen Bezugsberechtigung, um noch mehr Verteilungsmasse zu haben und noch progressiver zu wirken.

Die „richtige“ Verwendung des Aufkommens ist eine schwierige Entscheidung, die Zielkonflikte mit sich bringt. Ein Ökobonus ist sozial progressiv, eine Lohnnebenkostensenkung schafft dagegen Arbeitsplätze, was auch einen wichtigen sozialen Aspekt darstellt, der aber eben nicht allen zugute kommt.

Wir sollten aber nicht so weit gehen, dass wir darüber hinaus aktiv versuchen, soziale Missstände, die ggf. auch nichts mit dem Umweltschutz zu tun haben, zu beseitigen. Dieser Anspruch wäre zu weitgehend und würde uns überfordern (so können wir mit einem Ökobonus nicht die immens ungerechte Nettovermögensverteilung bekämpfen – 99,9% des Nettovermögens entfällt auf die oberen 50% der Haushalte). Wir dürfen uns aber auch nicht dauernd in die Defensive drängen lassen und nicht alles sozial ausgleichen wollen oder uns dazu verpflichtet fühlen, nur weil es ökologisch richtig ist. Dazu ist grundsätzlich ja auch die Sozialpolitik zuständig (auch wenn man dieses Argument nicht überstrapazieren darf angesichts des niedrigeren Sozialniveaus durch Hartz IV gegenüber früher).

Ganz wichtig ist es, nicht wieder die falsche Begrifflichkeit zu wählen: Ökobonus hat zwar „Bonus“ im Wort, aber eben auch „Öko“ und das löst mitunter tendenziell Aversionen aus. Vorschlag ist daher, künftig von z.B. „Klimabonus“ zu sprechen.

Soziale Gerechtigkeit ist eine Voraussetzung für Akzeptanz von Ökosteuern. Zustimmung zum Steuersystem ist empirisch in nordeuropäischen Staaten am

höchsten. Dies liegt vermutlich daran, dass die hohen öffentlichen Leistungen honoriert werden, auch wenn sie durch insgesamt hohe Steuern erkaufte wurden. Aber sie sorgen für soziale Gerechtigkeit. Vor diesem Hintergrund ist daher auch die Zustimmung zu Ökosteuern gemäß Eurobarometer (EU-Umfragen) in diesen Staaten wesentlich höher als in Deutschland.

Ob man daraus die Schlussfolgerungen ziehen sollte, dass man die Erb- und Schenkungsteuer progressiver ausgestalten sollte, oder gar an die Wiedereinführung einer Vermögensteuer, wurde nicht diskutiert. Ggf. sollte man m.E. zumindest darüber nachdenken eine deutlich stärker am Verkehrswert orientierte Bemessungsgrundlage bei Immobilien einzuführen.

Ist ein Klimabonus wirklich attraktiv genug? Sollte man das nicht mit anderen Umweltmaßnahmen koppeln (Verbote von Energiefressern, ganz allgemein gesprochen, um Mindeststandards zu haben – dies ist jedoch oftmals bereits jetzt der Fall)?

Es ist – so die Erfahrung aus der Schweiz – nicht zu erwarten, dass das untere Drittel, das am meisten vom Ökobonus profitiert, sich dankbar, oder befürwortend für die Ökosteuermaßnahmen zeigt. Es ist allenfalls ein Stillhalten dieser Gruppe zu erwarten.

Wenn das FÖS, wie auch in seinem neuesten Konzept unter Federführung von Bettina Meyer erstellt, für eine Erhöhung der Besteuerung von leichtem Heizöl eintritt, dann sollte dies mit einer Aussage zur sozial ausgerichteten Rückverteilung verbunden werden, sonst sei dies sozial nicht akzeptabel.

Unsere Geschäftsstelle
Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS)*
Landsbergerstr. 191 – 80687 München
Fon 089-520 113-13 Fax -14
eM: foes@foes.de; www.foes.de

Unser Spendenkonto
GLS Gemeinschaftsbank e.G. BLZ 430 609 67
Konto 804 371 3000,
IBAN DE87430609678043713000
Laut Finanzamt München vom 05.04.06 ist das FÖS als gemeinnützig zur Förderung wissenschaftlicher Zwecke anerkannt. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind somit steuerlich abzugsfähig.

* ehemals und bis zur Umtragung im Vereinsregister noch offiziell Förderverein Ökologische Steuerreform
